



Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen  
beim Bund und für Europa

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 4**

**Mai 2007**

**[www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Bremen und Europa .....</b>	<b>3</b>
<b>Pusdorf am Fluss - Ein erfolgreiches INTERREG IIB-Projekt in Bremen .....</b>	<b>3</b>
<b>JUGEND MACHT EUROPA – EUROPA LIFE am 08. Mai im Bremer Rathaus ..</b>	<b>4</b>
<b>Schulen auf Europa-Kurs – Bremen hat drei weitere Europaschulen.....</b>	<b>4</b>
<b>Beschäftigung, Bildung und Soziales .....</b>	<b>5</b>
<b>SOLVIT: Europäisches Problemlösungsnetz für Fragen der Bürger und     Bürgerinnen im Bereich des Binnenmarktes .....</b>	<b>5</b>
<b>Demografischer Wandel - Unterstützung für Familien .....</b>	<b>6</b>
<b>Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments: Renovierung und     Sanierung von Wohn-Immobilien aus EU-Regionalfonds-Mitteln .....</b>	<b>7</b>
<b>Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung .....</b>	<b>8</b>
<b>Das EFRE-Programm Bremen ist unterzeichnet .....</b>	<b>8</b>
<b>Das Europäische Technologieinstitut.....</b>	<b>9</b>
<b>Biotechnologiebericht .....</b>	<b>10</b>
<b>Umwelt und Energie .....</b>	<b>11</b>
<b>POWER Pushing Offshore Wind Energy Regions - Das Kompetenznetzwerk     für Offshore-Windenergie in der Nordseeregion.....</b>	<b>11</b>
<b>INSPIRE.....</b>	<b>12</b>
<b>Pestizide .....</b>	<b>13</b>
<b>Sechstes Umweltaktionsprogramm .....</b>	<b>13</b>
<b>Gesundheit und Verbraucherschutz.....</b>	<b>14</b>
<b>Neuartige Therapien .....</b>	<b>14</b>
<b>EU-Erweiterung und Drittstaatenpolitik.....</b>	<b>15</b>
<b>Die Neue Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) .....</b>	<b>15</b>
<b>Justiz und Inneres .....</b>	<b>17</b>
<b>Ergebnisse des Ratssitzung Justiz- und Inneres vom 19./20. April .....</b>	<b>17</b>
<b>Redaktion .....</b>	<b>19</b>
<b>Europaabteilung .....</b>	<b>19</b>

## Bremen und Europa

### Pusdorf am Fluss - Ein erfolgreiches INTERREG IIIB-Projekt in Bremen

Viele Jahre lang hatten Woltmershauser Bürgerinnen und Bürger im Schulterschluss mit dem Stadtteilbeirat um die Erneuerung der Grünfläche am Westerdeich gekämpft – mit Hilfe des INTERREG IIIB-Projekt „B-SURE“ („**B**uilding on **S**mall Scale **R**egeneration of **U**rban **H**eritage along **R**iv**E**rs and canals“) wurde dieser Wunsch nun endlich Realität. Nach eineinhalb Jahren Bauzeit wurde im September 2006 der „Spiel- und Wassergarten Pusdorf“ direkt an der Weser eingeweiht. Den Menschen im Stadtteil und von außerhalb steht nun ein großzügiger, vielseitiger Spiel- und Sportbereich zur Verfügung, der zum Bewegen, Schaukeln, Klettern, Ballspielen oder einfach zum Verweilen einlädt und schon jetzt zu **dem** Freizeitort in Pusdorf, wie der Stadtteil liebevoll genannt wird, geworden ist. Besonders beliebt: Eine großzügige Treppe zur Weser hinab, auf der es sich vortrefflich relaxen, angeln oder klönen lässt.

Möglich wurde all dies, weil 2004 der in Bremen ansässige Verein „SpielLandschaft-Stadt e.V.“ mit Unterstützung des Bau- und des Sozialsenators erfolgreich ein INTERREG Nordseeraum-Projekt eingeworben hat. Sieben europäische Hafenstädte (Rotterdam und Vlaardingen in den Niederlanden, Colchester in England, Aalborg in Dänemark, Emden, Hamburg und Bremen in Deutschland) haben sich mit drei nationalen „Think Tanks“ (Difu, CABE und SEV) zusammengetan. Das Ziel von B-SURE ist es herauszufinden, wie kleine Investitionen – im Projekt werden sie als „Pin Point Investments (PPI)“ bezeichnet – gezielt eingesetzt werden können, um die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume an Flüssen und Kanälen zu verbessern und damit weitere Aufwertungsprozesse zu initiieren. Räumliche Elemente wie Wasser und kulturelles Erbe spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Identitätsbildung solcher Orte und bildeten daher einen inhaltlichen Fokus des Projekts. Umfassende lokale Beteiligungsverfahren stellten zudem sicher, dass die Wünsche und Anforderungen der Bevölkerung berücksichtigt wurden.

Das Projekt ist ein Mix aus örtlichen Bauinvestitionen und internationaler Kooperation. Die Investitionen bilden den Erfahrungshintergrund vor dem übergeordnete Fragen, wie die nach den optimalen PPI-Strategien, den mit PPI's verbundenen neuen Möglichkeiten in der Stadtentwicklung(spolitik) sowie angemessenen und erfolgreichen Beteiligungsverfahren bei derartigen Projekten beantwortet werden.

Das dreijährige Projekt läuft Ende Mai 2007 aus. Ein Endbericht des Bremer Projekts liegt Mitte Juni vor, für das Gesamtprojekt ist eine Veröffentlichung im Juli geplant. Für Nachfragen stehen Thomas Knode (SBUV, Tel. 0421/361-96045) und Dr. Walter Marahrens (SpielLandschaftStadt, Tel. 0421/242-89553) zur Verfügung.

Weitere Informationen im Internet unter

[www.b-sure-interreg.net](http://www.b-sure-interreg.net) und [www.pusdorfamfluss.de](http://www.pusdorfamfluss.de).

SpielLandschaftStadt e.V.  
Dr. Walter Marahrens  
Horner Heerstr. 19  
28359 Bremen  
Tel.: +49 (0)421 - 242 895 53  
Fax: +49 (0)421 - 242 895 52  
E-Mail: [w.marahrens@spiellandschaft-bremen.de](mailto:w.marahrens@spiellandschaft-bremen.de)  
Internet: [www.spielandschaft-bremen.de](http://www.spielandschaft-bremen.de)

## **JUGEND MACHT EUROPA – EUROPA LIFE am 08. Mai im Bremer Rathaus**

Wieder einmal stand das Bremer Rathaus am 08. Mai für Jugendliche offen, die sich für Europa begeistern und engagieren. Die im Rahmen der jährlichen Europawoche stattfindende Veranstaltung „JUGEND MACHT EUROPA“ wurde in diesem Jahr unter dem Titel „EUROPA LIFE“ durchgeführt. Ein breit gefächertes Informationsangebot, z. B. zum „Europäischen Freiwilligendienst“ oder zu den Angeboten der bremischen Hochschulen und ihren EU-bezogenen Studiengängen, stieß auf großes Interesse bei den Besuchern. Mehrere Schulen stellten ihre Europaprojekte vor. Dabei bewiesen gerade die Jüngsten, dass europäisches Handeln und Denken keineswegs nur Sache der älteren Jugendlichen oder Erwachsenen ist: Der Schwung und die Begeisterung der Grundschülerinnen und Grundschüler der Schule Burgdamm wird allen Teilnehmern positiv in Erinnerung bleiben.

Dass die aktive Mitarbeit von Jugendlichen am „Europäischen Haus“ gerade auch von der EU erwünscht ist, wird durch den „Europäischen Pakt für die Jugend“ bestätigt. Zu diesem Thema veranstaltete der Bremer Jugendring einen Workshop. Hierbei ging es im Wesentlichen um die Möglichkeiten der Umsetzung dieses Paktes in der Region.

Der Veranstalterin, Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, lag besonders am Herzen, dass den Jugendlichen die wachsenden Entwicklungschancen nahe gebracht werden, die ihnen Europa heute und zukünftig bietet.

## **Schulen auf Europa-Kurs – Bremen hat drei weitere Europaschulen**

Nachdem bereits im letzten Jahr der Integrierten Stadtteilschule Bergiusstraße der Titel Europaschule verliehen worden ist, kommen nun drei weitere hinzu: Die Grundschule Burgdamm, das Schulzentrum SII Utbremen und das Hermann-Böse-Gymnasium.

Auf beeindruckende Weise zeigt die Grundschule, wie lebendig Sprachen und wie attraktiv der Europagedanke schon bei den Kleinen vermittelt werden können. Von der 1. bis zur 4. Klasse werden Interesse und Verständnis für andere Kulturen geweckt und Partnerschaften zu Schulen in anderen Mitgliedstaaten gepflegt. Das Konzept der verlässlichen Grundschule wird in Burgdamm – wo immer möglich – mit europäischen Schwerpunkten gefüllt.

Im SZ Utbremen, wo junge Erwachsene aus 26 Nationen zusammen lernen, ist die Förderung von Toleranz, interkultureller, kommunikativer und sozialer Kompetenz ein wichtiger Bestandteil des Schulalltags. Über die Vermittlung von Fremdsprachen und Auslandspraktika hinaus sind Schüler und Lehrer offen für Projekte zu europäischen Themen. Jüngstes Beispiel ist eine Umfrage zum Stand des „Europawissens“ an Bremer Schulen, die in Kooperation mit der Europaabteilung der Bevollmächtigten durchgeführt worden ist.

Das Hermann-Böse-Gymnasium zeigt ebenfalls, wie spannend das Thema Europa in den Schulalltag integriert werden kann. Neben dem flächendeckend angebotenen bilingualen Unterricht ist die Einführung des Faches „European Studies“ hervorzuheben. Darüber hinaus beeindruckt die jährliche Teilnahme am „Model European Par-

liament“, einem Treffen von Schülern, die gemeinsam eine Woche lang die Arbeit des Europäischen Parlaments simulieren.

Europa-Schulen in Bremen sollen sich laut Deputationsbeschluss an folgenden Grundsätzen ausrichten:

„Europa-Schulen sind allgemein bildende und berufliche Schulen mit europäischem, interkulturellem Schulprofil im Rahmen ihres Schulprogramms. Sie wecken bei ihren Schülerinnen und Schülern das Verständnis für die europäischen Gemeinsamkeiten und Besonderheiten; sie vermitteln in besonderer Weise Europakompetenzen (u. a. interkulturelles Handlungswissen, Kenntnis des europäischen Wirtschafts- und Arbeitsraums, Mehrsprachigkeit) und bereiten auf ein Leben und Arbeiten in einem vereinten Europa vor. Europakompetenzen werden in allen Fächern vermittelt, insbesondere durch: Fremdsprachen und Muttersprachenunterricht, gesellschaftswissenschaftliche Fächerinhalte, vielfältige Formen der intereuropäischen Begegnung im In- und Ausland, Schülerwettbewerbe / Projekte sowie im Rahmen der Berufsausbildung.“

## **Beschäftigung, Bildung und Soziales**

### **SOLVIT: Europäisches Problemlösungsnetz für Fragen der Bürger und Bürgerinnen im Bereich des Binnenmarktes**

Das 2002 eingerichtete SOLVIT-Netz soll Bürgern und Unternehmen dabei helfen, ihre Rechte in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes und der Freizügigkeit besser wahrzunehmen. Seit 2002 hat SOLVIT in mehr als 1.500 Fällen auf Anfragen reagiert und Lösungen in den verschiedensten Bereichen angeboten, z. B. bei Aufenthaltsbestimmungen, der Anerkennung von Berufsqualifikationen, bei Fragen zu Beschäftigungs- und zu sozialen Rechten, bei dem Marktzugang für Produkte, zur Erbringung von Dienstleistungen, für Mehrwertsteuer-Rückerstattungen oder Grenzkontrollen für Unternehmen. Der kostenlose und einfach zu nutzende Dienst SOLVIT liefert pragmatische Lösungen: So können die Beschwerdeführer ihre nationale SOLVIT-Stelle kontaktieren oder ein Online-Beschwerdeformular in der Sprache ihrer Wahl ausfüllen.

Die Kommission legt Jahresberichte zur Nutzung und zum Funktionieren dieser Dienstleistung für die europäischen Bürger und Unternehmen vor und stellt in ihrem aktuellen Bericht für 2006 fest, dass das System gut arbeitet: Die durchschnittliche Erfolgsquote von SOLVIT lag im Jahr 2006 bei 82 %.

Einige Fakten und Zahlen aus dem Jahresbericht 2006:

- Nach einem starken Anstieg von über 60 % im Jahr 2005 blieb die Gesamtzahl der 2006 behandelten Fälle, die als behandlungswürdig betrachtet wurden, mit 467 stabil.
- 73 % der Fälle konnten innerhalb der Frist von zehn Wochen abgeschlossen werden. Die für die Behandlung der Fälle benötigte Zeit hat sich von durchschnittlich 74 Tagen im Jahr 2005 auf 54 Tage im Jahr 2006 erheblich verkürzt.

- 69 % der Fälle wurden von Bürgern unterbreitet. Die für die Bürger problematischsten Bereiche waren die Soziale Sicherheit (23 %), Steuern (16 %) und die Anerkennung der Berufsqualifikationen (15 %).
- 31 % der Fälle wurden von Unternehmen vorgelegt. Hier entstanden die meisten Schwierigkeiten beim Marktzugang für Produkte (8 %), der Erbringung von Dienstleistungen und im Zusammenhang mit dem Niederlassungsrecht (11 %).

Um SOLVIT noch effektiver zu machen, ist mehr Unterstützung durch die nationalen Behörden in den Mitgliedstaaten erforderlich. Der Bericht geht davon aus, dass die Stabilisierung der Gesamtzahl der behandelten Fälle auf 467 auf Personalmangel und eine fehlende Werbetätigkeit auf nationaler Ebene zurück zu führen ist. So wurden in den vier EU-Ländern mit der höchsten Bevölkerungszahl (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich und Italien) relativ wenig Fälle eingereicht und behandelt.

Der Bericht von 2006 ist auf folgender SOLVIT-Website abrufbar:

[http://europa.eu.int/solvit/site/news/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/solvit/site/news/index_en.htm)

Für Auskünfte und Informationen siehe auch das Web-Portal „Europa für Sie“:

<http://ec.europa.eu/youreurope>

und den Wegweiserdienst für die Bürger und Bürgerinnen der EU:

<http://ec.europa.eu/citizensrights>

## **Demografischer Wandel - Unterstützung für Familien**

Am 10. Mai 2007 hat die Kommission die Mitteilung „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ angenommen. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten bei den demografischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu unterstützen. Sie ist daher in einem engen Zusammenhang mit der bereits vorliegenden Mitteilung der Kommission „Die demografische Zukunft Europas - Von der Herausforderung zur Chance“ (Oktober 2006) zu sehen, die fünf wichtige Handlungsbereiche in den Mitgliedstaaten beschrieben hat: demografische Erneuerung, mehr Beschäftigung und ein längeres aktives Leben, höhere Produktivität, Integration von Migranten und zukunftsfähige öffentliche Finanzen.

Die neue Mitteilung „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ beschreibt Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben und beschäftigt sich auch mit der Frage der verschiedenen Konzepte und Maßnahmen in den Mitgliedstaaten der EU. Es wird festgestellt, wie unterschiedlich die Mitgliedstaaten auf die Bedürfnisse von Familien eingehen. Forschungsarbeiten zeigen, dass bei der Bereitstellung von Betreuungsdiensten für Kinder unter drei Jahren die Werte zwischen 2 % in der Tschechischen Republik und 8 % in Deutschland sowie 22 % in Schweden und 36 % in den Niederlanden schwanken.

Unterstrichen wird die Bedeutung eines Austausches der Mitgliedstaaten über ihre Politikansätze und die nationalen Maßnahmen, z. B. in einer Arbeitsplattform „Europäische Allianz für Familien“ soll Grundlagen und Erfahrungen dieser politischen Konzepte ausgetauscht werden.

Zur weiteren Entwicklung von Initiativen in den Mitgliedstaaten sieht die Kommission drei Handlungsbereiche als wichtig an:

- Finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der familienbedingten Kosten;
- Betreuungsdienste hoher Qualität für Kinder und für abhängige ältere Menschen;
- flexible Arbeitszeiten mit angemessenen Zeitplänen und Urlaubsregelungen.

Die europäische Arbeit an diesem Themenkomplex wird von weiteren Expertengruppen und Organisationen unterstützt. Im Juni 2007 wird eine sog. hochrangige Gruppe für Fragen der Demografie, bestehend aus Vertretern der nationalen Regierungen, eingerichtet.

Einen Beitrag wird die „Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ leisten: Die Kommission wird sie auffordern, Beispiele für erfolgreiche Maßnahmen auf lokaler Ebene und am Arbeitsplatz zu sammeln. Aus dem 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der EU sollen Forschungsarbeiten zu Fragen der Demografie und zum Thema Familien gefördert werden.

Auch der Europäische Sozialfonds (ESF) bietet Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der Beschäftigungsförderung wie Bildungsmaßnahmen oder die Förderung einer gesicherten Kinderbetreuung.

Die Mitteilung „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ ist jetzt im Internet unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/news/2007/may/244\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/may/244_de.pdf)

### **Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments: Renovierung und Sanierung von Wohn-Immobilien aus EU-Regionalfonds-Mitteln**

Am 10. Mai 2007 debattierte das Plenum eine Initiativstellungnahme des italienischen Abgeordneten Alfonso Andria. Der von ihm vorgelegte Bericht spricht sich dafür aus, die Förderung der Sanierung von Sozialwohnungen in allen Mitgliedstaaten zu erwägen. Zurzeit ist eine solche Förderung zur Sanierung von Sozialwohnungen aus Mitteln des EU-Regionalfonds für bestimmte städtebauliche Maßnahmen in den neuen EU-Mitgliedstaaten bereits möglich. Dazu gehören z. B. die Sanierung oder Neugestaltung des öffentlichen Raums, bauliche Verbesserungen im Sicherheitsbereich (z. B. zur Bekämpfung von Kriminalität in benachteiligten Quartieren, im Bereich von Bau- und Nutzungsvorschriften, zur Verbesserung der Infrastrukturen der Gas-, Wasser- und Stromversorgung), Maßnahmen zur Reduzierung des Wasser- und Stromverbrauchs und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration.

Das Parlament empfiehlt, die Förderkriterien auch in den alten Mitgliedsstaaten in diese Richtung zu ändern, um die Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume positiv zu unterstützen. Die Verstädterung und Zersiedlung weiterer Gebiete führt zu zunehmenden Verkehrs- und Umweltproblemen mit zahlreichen Folgeproblemen, und die positive Entwicklung von städtischen Ballungsgebieten und ihrer Wohn- und Lebensqualität ist ein wichtiger Faktor auch für den sozialen Zusammenhalt.

In vielen städtischen Regionen der EU mangelt es akut an Wohnraum und die Preise und Mieten für Häuser und Wohnungen steigen entsprechend. Allgemeine Qualitäts-

kriterien für angemessenen Wohnraum sollten angestrebt werden, Wohngeld oder vergleichbare Leistungen sollten den gestiegenen Mieten entsprechend angehoben werden. Das Parlament empfiehlt, den europäischen Städten eine größere Rolle bei der Verwaltung der EU-Strukturfonds einzuräumen.

Die Initiativstellungnahme des Europäischen Parlaments ist für den Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kommission nicht bindend und hat nur empfehlenden Charakter.

Der angenommene Text (vorläufige Fassung) ist im Internet zu finden unter:  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0183+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung**

### **Das EFRE-Programm Bremen ist unterzeichnet**

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fand am diesjährigen Europatag, Mittwoch, dem 09. Mai 2007, ein Festakt in Hof (Bayern) statt, der den Beginn der neuen Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 markiert.

24 Mitgliedstaaten und die deutschen Länder waren vertreten, als die Programme der Länder Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Bremen sowie die Nationalen Strategischen Rahmenpläne Deutschlands, Spaniens, Ungarns, Litauens und Polens von der für die Regionalpolitik zuständigen Kommissarin Hübner unterzeichnet wurden.

Insgesamt stehen für die Strukturfondsförderung mehr als 350 Mrd. Euro in den Jahren 2007 bis 2013 bereit. 26,23 Mrd. Euro gehen nach Deutschland, davon werden 4,6 Mrd. Euro in die EFRE-Programme der alten Länder fließen.

In den Jahren 2007 bis 2013 werden 327 EFRE-Programme europaweit umgesetzt, die ersten 12 wurden in Hof von der Kommission genehmigt, damit ist das bremische EFRE-Programm 2007 bis 2013 eines der ersten, das auf diese Weise bestätigt wird.

Für die Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung sind 142 Mio. Euro für die Städte Bremen und Bremerhaven vorgesehen; das Programmvolumen wird sich inkl. der erforderlichen Kofinanzierung und erstmals auch unter Einbeziehung privater Mittel auf knapp 322 Mio. Euro belaufen.

Das Bremer EFRE-Programm soll Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven stärken. Der thematische und finanzielle Schwerpunkt liegt auf der Weiterentwicklung und Umsetzung der bremischen Innovationsstrategie. Die Strukturförderungsprojekte sollen vor allem im Bereich der innovativen Leitthemen Maritime Technologien, Mobile Solutions, eLogistic, Innovative Materialien, Ökologische Intelligenz und Zukunftsmarkt Gesundheit liegen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Förderung wettbewerbsfähiger Stadtstrukturen, da diese Voraussetzung dafür sind, dass ein Standort im überregionalen und internationalen Wettbewerb besteht und für Investoren und hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv ist.

Bei der Programmunterzeichnung hob Kommissarin Hübner insbesondere hervor, dass das bremische EFRE-Programm in beispielhafter Weise die Zielsetzungen europäischer Strukturfondsförderung mit der Situation vor Ort in Bremen verbindet:



*So können viele Ansatzpunkte, wie die "Stadt der Wissenschaft 2005" und erfolgreiche Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft - etwa im Bereich der Luft- und Raumfahrt - aufgegriffen und in den nächsten Jahren mithilfe von EU-Strukturfondsmitteln fortgeführt sowie ausgebaut werden. Auf diese Weise leistet Bremen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der eigenen und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.*

Eindrücke von der Veranstaltung finden sie unter [www.efre-bremen.de](http://www.efre-bremen.de)

Bis zur Sommerpause wird die Verwaltung ein effizientes System für die Programmumsetzung aufbauen. Die Abwicklung erfolgt dann in weiten Teilen über die Wirtschaftsfördergesellschaften des Landes (BIG und BIS) im Rahmen der bestehenden Richtlinienförderung. Rückfragen sind auch unter [info@efre-bremen.de](mailto:info@efre-bremen.de) möglich.

Carola Schneider  
Der Senator für Wirtschaft und Häfen  
Leiterin des Referats 23 "Regional- und wirtschaftspolitische  
Programme, Außenwirtschaftspolitik, Intern. Wirtschaftsbeziehungen"  
[info@efre-bremen.de](mailto:info@efre-bremen.de)

## Das Europäische Technologieinstitut

Beim informellen Rat "Wettbewerbsfähigkeit" (26. – 28 April 2007) in Würzburg war es das gemeinsame Anliegen der anwesenden Minister, noch unter deutschem EU-Ratsvorsitz bis Ende Juni zu einer politischen Grundsatzentscheidung über die Einrichtung des Europäischen Technologieinstituts (ETI) zu kommen.

Die Minister waren sich einig, dass ein ETI grundsätzlich zu befürworten, da es eine Möglichkeit ist, die offensichtlich bestehende Innovationslücke in Europa zu verringern. Die Etablierung soll in einem zweistufigen Verfahren erfolgen. Zunächst sollen ein bis drei Themen für Knowledge and Innovation Communities (KIC) definiert werden, die gemeinsam von vernetzten Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie weiteren Akteuren aus den Bereichen Bildung und Innovation getragen werden sollen.

Die KIC würden für die Bündelung der Forschungskräfte sorgen, was der Innovationsfähigkeit Europas dauerhafte Verbesserungen einbringen und das Wissensdreieck, bestehend aus Ausbildung, Forschung und Innovation, stärken würde. Nach Einschätzung mehrerer Minister sollte diesen Netzwerken eine möglichst große Autonomie bei ihrer Arbeit eingeräumt werden.

Der Vorschlag der Kommission, die Klima- und Energieforschung zu einem Schwerpunkt in der ersten Phase des ETI zu erklären, wurde begrüßt. Die Auswahl der Themen und die Ausschreibung werden jedoch durch den zu gründenden Verwaltungsrat (Governing Board) erfolgen.

Einer der größten Schwachpunkte des ETI ist nach wie vor die Frage der Finanzierung. Das vorzuhaltende Budget für die KIC in den ersten Jahren (2008 bis 2013) wird nun auf 308 Mio. Euro beziffert. Doch diese Summe ist noch nicht budgetiert und muss aus nicht ausgeschöpften Finanzierungsquellen des Gemeinschaftsbudgets bereitgestellt werden. Es wird noch erwartet, dass die Industrie den gleichen Beitrag leistet – auch wenn es offensichtlich schwierig sein wird, eine solche Summe in Form einer Public-Private-Partnership zu erhalten.

Der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ hat die Kommission aufgefordert, nun zügig einen überzeugenden und konkreten Vorschlag zur Finanzierung des Projektes vorzulegen. Bis 2012 ist nach der Pilotphase ein ausgearbeitetes Konzept mit Innovationsagenda und einer gesicherten Finanzierung vorzulegen. Erst wenn dieses die Zustimmung von Rat und Parlament findet, wird das Instrument EIT wirklich etabliert sein (Beginn 2. Phase).

## Biotechnologiebericht

Ein neuer Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission zeigt auf, dass die Biotechnologie bereits wesentlich zur europäischen Wirtschaft und zu den Fortschritten in zentralen Politikbereichen der EU beiträgt. Die Biotechnologie gilt als zentrale Technologie bei der Unterstützung der EU-Strategien zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Beschäftigung und nachhaltiger Entwicklung. Trotzdem gab es bis jetzt einen Mangel an Daten darüber, wo und wie biotechnologische Produkte und Verfahren eingesetzt werden.

Der neue Bericht "Consequences, Opportunities and Challenges of Modern Biotechnology for Europe" (Konsequenzen, Möglichkeiten und Herausforderungen der modernen Biotechnologie für Europa) stellt die erste umfassende Bewertung des Beitrags der Biotechnologie zu den Zielen der Unionspolitik dar. Insgesamt stellt der Bericht fest, dass moderne Produkte und Verfahren der Biotechnologie ein wesentlicher Bestandteil der EU-Wirtschaft sind, insbesondere in der Fertigung. Dies schließt Pharmazie, Ernährungssektor und Gesundheitsfürsorge mit ein. Zu den Anwendungsbeispielen gehören Enzyme in Reinigungsmitteln, rekombinantes Insulin, die Verwendung genetischer Marker bei der Viehzucht und genetisch veränderte Kulturpflanzen.

Die Autoren schätzen den Anteil der modernen Biotechnologie an der EU-Wirtschaft auf bis zu 1,69 %, vergleichbar mit anderen wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft (1,79 %) oder Chemie (1,95 %). Darüber hinaus wurde festgestellt, dass Biotechnologie die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen fördert, während der hohe Ausbildungsgrad, der für die Arbeit mit biotechnologischen Anwendungen benötigt wird, zur Schaffung besserer Arbeitsplätze führt.

Der Bericht konzentriert sich auf drei Hauptbereiche: Medizin und Gesundheitsfürsorge, Rohstoffgewinnung und Lebensmittelproduktion sowie Industrieverfahren, Energie und Umwelt.

Weitere Informationen unter: <http://bio4eu.jrc.es/index.html>

## Umwelt und Energie

### POWER Pushing Offshore Wind Energy Regions - Das Kompetenznetzwerk für Offshore-Windenergie in der Nordseeregion

Das Projekt behandelt Umwelt- und Planungsthemen sowie Akzeptanzaspekte von Offshore-Windparks; es unterstützt die Entwicklung einer verlässlichen Wertschöpfungskette und entwickelt Qualifizierungsmaßnahmen für den Sektor.

Die Themenschwerpunkte sind:

- Planung und Beteiligung
- Wertschöpfungskette / Wirtschaftsförderung
- Qualifizierung

Am 14. und 15. Juni findet in Bremerhaven die Abschlusskonferenz dieses INTERREG IIIb-Projekts statt. Hier werden die Ergebnisse aus drei Jahren erfolgreicher transnationaler Arbeit präsentiert und ein umfassender Überblick über die aktuellen Entwicklungen der Offshore-Windenergie im Nordseeraum gegeben. Am Projekt unter der Verantwortung der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) als „Lead Partner“ sind senatorische Dienststellen und Institutionen der Länder Bremen und Schleswig-Holstein sowie Regionen und Einrichtungen aus Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Belgien beteiligt.

Besondere Aufmerksamkeit gilt im Rahmen der Konferenz

- guten Beispielen in der Planung und Entwicklung von Offshore-Windparks,
- der Schaffung einer die Nordseeregion umfassenden Wertschöpfungskette,
- Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und –bedürfnisse des Sektors sowie deren Harmonisierung im europäischen Rahmen und
- konkreten Fallbeispielen aus führenden Nordsee-Offshore-Windenergie-Regionen.

Bereits jetzt kann gesagt werden, dass die Nutzung der Offshore-Windenergie einen wesentlichen Beitrag bei der Bekämpfung des Klimawandels leisten kann und einen erheblichen Wirtschaftsfaktor bei der Restrukturierung und Entwicklung der Küstenregionen darstellt.

Diese Konferenz bietet eine hervorragende Gelegenheit für Vertreter der Verwaltungen, Entscheidungsträger, Experten sowie Unternehmens- und Interessenvertreter, sich miteinander auszutauschen und die heutigen und zukünftigen Möglichkeiten und Herausforderungen im Nordseeraum zu diskutieren. Ein Ziel soll dabei die Stärkung der weiteren Zusammenarbeit zwischen den Regionen und zwischen den Unternehmen der Offshore-Windenergiebranche sein.

Weitere Informationen zum POWER-Projekt und zu der POWER-Konferenz unter [www.offshore-power.net](http://www.offshore-power.net).

Michael Bürger  
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Abteilung 2  
Ansgaritorstraße 2

28195 Bremen  
Tel.: +49 (0)421/361 - 96 819  
Fax: +49 (0)421/361 - 92 53  
e-Mail: michael.buerger@umwelt.bremen.de  
web: [www.bauumwelt.bremen.de](http://www.bauumwelt.bremen.de)

## INSPIRE

In Straßburg haben am 14. März die Präsidenten des Rates, des Europäischen Parlaments und der Kommission die Richtlinie zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur in der Gemeinschaft (INSPIRE-Richtlinie) unterzeichnet. Mit der Richtlinie, die am 15. Mai 2007 in Kraft treten wird, ist für die öffentlichen Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten die rechtliche Verpflichtung geschaffen worden, Geodaten unter einheitlichen Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bürger und die Verwaltung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union verfügbar zu machen. In einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit heißt es hierzu: *INSPIRE steht für "Infrastructure for Spatial Information in Europe" und hat das Ziel, hochwertige Geoinformationen aus den Behörden der Mitgliedstaaten unter einheitlichen Bedingungen Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft zugänglich zu machen.*

Zunächst vorrangig auf Informationen des Umwelt- und Naturschutzes bezogen, formuliert die Richtlinie Voraussetzungen und Verpflichtungen, nach denen die Behörden der Mitgliedstaaten die von ihnen geführten Daten bereitstellen müssen. Andere Fachdaten, wie z. B. aus der Statistik oder der Wirtschaft, sollen folgen.

Der Zeitrahmen der Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit haben, um sie in nationales Recht umzusetzen. Ab 2009 müssen das Geo-Portal und die Netzdienste bereitgestellt werden, ab 2010 müssen die ersten EU-weit harmonisierten Metadaten und ab 2011 die ersten interoperablen Geodaten vorliegen.

Die Umsetzung von INSPIRE wird das Handeln großer Teile der bremischen Behörden beeinflussen. Hier gilt es, die in der Richtlinie benannten Fachdaten künftig nach einheitlichen Normen und Standards zu verwalten und im Internet verfügbar zu machen.

Den Text der INSPIRE-Richtliniezusammen mit weiterführenden Informationen finden Sie unter: <http://inspire.jrc.it/>

Weitere Auskünfte zu diesem Thema erteilt das Geodaten-Management beim Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Referat 66 - Frau Brandt-Wehner (361-17183) und Herr Schulz-Gerdes (361-10263).

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Referat 66  
Contrescarpe 72  
28195 Bremen  
Tel. 0421-361-17183  
Fax. 0421-361-5452  
EMail [anngret.brandt-wehner@bau.bremen.de](mailto:anngret.brandt-wehner@bau.bremen.de)

## Pestizide

Der Ausschuss für Umwelt, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments diskutierte im April 2007 über die thematische Strategie und über die Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden auf der Basis der vorgelegten Berichte.

Die Berichterstatterin für die thematische Strategie, MdEP Belohorská, kritisierte, dass die Verwendung von Pestiziden trotz eines umfangreichen Regelwerks nicht zurückgegangen sei. Sie bedauere, dass die Kommission für die nationalen Aktionspläne keine quantitativen Minderungsziele festgelegt habe. Ohne solche sei die Risikominimierung zu schwach. Für Pestizide müsse der normale und nicht der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten.

Die Berichterstatterin für die Richtlinie, MdEP Klass, sprach sich gegen quantitative Vorgaben und gegen europaweit geltende Pufferzonen aus. Schwerpunkte sollten eine bessere Aus- und Fortbildung und ein Sachkundenachweis des Verkäufers sein.

Die anschließende Diskussion war von kontroversen Positionen geprägt. Unter Hinweis auf die erfolgreiche Verminderung des Pestizideinsatzes um fast 50 % in Dänemark durch einen sog. Frequenzindex für das Versprühen, forderte der dänische Europaabgeordnete Jorgensen so genannte mengenmäßige Verminderungsziele. Pestizide sollten so viel wie nötig und so wenig wie möglich eingesetzt werden. Damit könnten die Landwirte Geld einsparen.

Der mitberatende Agrarausschuss des EP votierte bei seiner Abstimmung am 12. April 2007 gegen quantitative Reduktionsziele bei Pestiziden und sprach sich stattdessen für weitere Risikominderungsmaßnahmen aus. Auch der Forderung nach Einführung einer speziellen Steuer auf Pflanzenschutzmittel erteilte er eine Absage. Im Versprühen von Pflanzenschutzmitteln aus der Luft sieht er insbesondere bei ungünstigen topografischen Verhältnissen oder Wäldern die einzige vernünftige und praktikable Ausbringungsart. Ein im Agrar- und im Binnenmarktausschuss des EP beschlossenes Paket von Änderungen bei der Verordnung über die Marktzulassung von Parallelimporten von Pflanzenschutzmitteln soll dazu beitragen, illegale Produkte vom EU-Markt fernzuhalten.

Der mitberatende Industrieausschuss des EP wird am 03. Mai 2007 über seine Empfehlungen zur Pestizidrahmenrichtlinie und zur Zulassungsverordnung befinden. Die Abstimmung über die Kommissionsvorschläge im EP-Umweltausschuss soll im Juli 2007 erfolgen und im September 2007 im Plenum.

## Sechstes Umweltaktionsprogramm

Am 03. Mai 2007 hat die Kommission eine Halbzeitbewertung des sechsten Umweltaktionsprogramms UAP (2002 bis 2012) vorgelegt.

Die Bilanz der Kommission bietet einen Überblick über die seit Anlaufen des sechsten UAP im Jahr 2002 erzielten Fortschritte und die bis Ende des Programms im Jahr 2012 zu erwartenden Herausforderungen. Die Kommission beabsichtigt, sich auch in Zukunft auf die vier Hauptbereiche des 6. UAP - Bekämpfung des Klima-

wandels, Aufhalten des Artenschwundes und Naturschutz, Verringerung der Umweltauswirkungen auf die Gesundheit sowie Umkehr der nicht nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und Abfall - zu konzentrieren.

Damit das 6. UAP seinen Erwartungen gerecht werden kann, plant die Kommission eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei globalen Umweltpolitiken der Europäischen Union, ein verbessertes politisches Zusammenspiel der Bereiche Umwelt, Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Fischerei und Forschung sowie der Einsatz von Steuern für umweltpolitische Ziele auf Ebene der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten zur Bereitstellung von mehr Finanzmitteln für die Durchsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften auf. Sie beabsichtigt selber eine stärkere Finanzierung aus Mitteln der Gemeinschaft.

Schließlich plädiert sie für bessere Rechtsvorschriften im Umweltsektor und für stärkere Bemühungen im Bereich der Umwelttechnologien. Sie will Maßnahmen im Bereich der Kraftfahrzeug- und Industrieemissionen ergreifen, die Chemikalienverordnung REACH durchführen, der weiteren Durchsetzung der thematischen Strategien für natürliche Ressourcen und für die Verhütung bzw. Wiederverwendung von Abfall Vorrang einräumen und einen Aktionsplan für nachhaltige Verbrauchs- und Produktionsmuster vorschlagen.

Weitere Informationen zum sechsten Umweltaktionsprogramm befinden sich auf nachfolgenden Seiten:

[Kommissionswebsite 6. UAP \(en\)](#)  
[Halbzeitbewertung COM\(2007\)225 \(pdf 81kb\)](#)  
[Pressemeldung IP/07/603 Kommission](#)

## **Gesundheit und Verbraucherschutz**

### **Neuartige Therapien**

Am 25. April 2007 stimmte das Plenum des EP dem Verordnungsvorschlag der Kommission zur Regelung der neuen Arzneimittel auf Gen-, Zell- und Gewebebasis zu. EU-weit einheitliche Vorschriften sollen künftig allen Patienten den gleichen Zugang zu den Medikamenten geben. Die neuartigen Therapien versprechen, die Behandlung einer Reihe von Erkrankungen und Verletzungen wie Alzheimer, Krebs oder Muskeldystrophie und Verbrennungen zu revolutionieren. Das Plenum des Parlaments hat sich mit seinem Votum über Bedenken von Vertretern des Fachausschusses hinweggesetzt und die Kommission unterstützt, indem es ein Kompromisspaket befürwortet, das die Kommission akzeptiert und das nun im Rat geprüft werden kann. Es ist davon auszugehen, dass das Gesetzgebungsverfahren nun doch noch unter deutscher Ratspräsidentschaft vor Juli 2007 abgeschlossen werden kann.

Die Verordnung umfasst im Wesentlichen folgende Elemente:

- Ein zentralisiertes Zulassungsverfahren mit dem Vorteil der Zusammenführung des Fachwissens auf europäischer Ebene;
- Errichtung eines multidisziplinären Fachausschusses, der bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) angesiedelt werden wird, die die betreffenden Produkte bewertet und wissenschaftliche Entwicklungen verfolgt;
- abgestimmte technische Anforderungen;
- strengere Auflagen in Bezug auf Risikomanagement und Rückverfolgbarkeit und
- spezielle Anreize für kleine und mittlere Unternehmen.

Neuartige Therapien können ethische Fragen aufwerfen, über die die Meinungen in Europa auseinander gehen. Mit der Verordnung soll lediglich sichergestellt werden, dass die Patienten EU-weit mit unbedenklichen und garantiert wirksamen Arzneimitteln versorgt werden. Ethische Fragen werden von den Mitgliedstaaten durch nationale Rechtsvorschriften geregelt, d. h. die Mitgliedstaaten haben nach wie vor das Recht, bestimmte Produkte aus ethischen Gründen abzulehnen.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/enterprise/pharmaceuticals/advtherapies/index.htm>

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/066-5722-113-04-17-911-20070420IPR05538-23-04-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-5722-113-04-17-911-20070420IPR05538-23-04-2007-2007-false/default_de.htm)

## **EU-Erweiterung und Drittstaatenpolitik**

### **Die Neue Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)**

Das grundlegende Ziel der Europäischen Nachbarschaftspolitik (European Neighbourhood Policy, ENP) ist die langfristige Stärkung und Vertiefung der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten und die Schaffung eines Raumes gemeinsamer Werte, des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes. Die ENP ist eine Partnerschaft, die EU-seitig auf Finanzhilfen und technischer Unterstützung und partnerseitig auf Verpflichtungen zur Wahrung gemeinsamer Werte basiert und stellt keine Heranführung potentieller Kandidaten auf einen EU-Beitritt dar. Aus diesem Grund sind einige der heutigen grenznahen Länder nicht in die ENP einbezogen, da für sie eine Mitgliedschaft generell offen steht, wenn sie die Kopenhagener Beitrittskriterien erfüllen. Mit insgesamt 16 angrenzenden Nachbarländern in Osteuropa, im Mittelmeerraum und im südlichen Kaukasus besteht eine enge Bindung über die ENP (siehe abschließende Länderliste).

Begonnen hat diese neue Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im März 2003, als die Kommission die Mitteilung "Größeres Europa - Nachbarschaft: ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn" veröffentlichte. Darüber hinaus soll die ENP zur Verwirklichung des zentralen Ziels der im Dezember 2002 von der EU beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie beitragen, die der Förderung der Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU dient. Im Mai 2004 hat die Kommission schließlich ein Strategiepapier zur Zukunft der ENP und dazugehörige Länderberichte vorgelegt. Dieses

Papier legt genauer dar, wie die EU näher mit ihren Nachbarländern zusammenarbeiten kann, so dass auch diese von den Vorteilen der EU-Erweiterung profitieren können. Es beschreibt die Grundsätze, den geographischen Rahmen und die Methodologie für die Implementierung der ENP. Auf Grundlage des Strategiepapiers und der Länderberichte wurden länderspezifische Aktionspläne erstellt. Am 04. Dezember 2006 wurde von der Kommission ein neues Strategiepapier veröffentlicht, das auf dem vorangegangenen aufbaut und mit bisherigen Erfahrungen verknüpft. In diesem Strategiepapier sind die kommenden Etappen der ENP abgesteckt. Dazu wurde eine Liste mit Prioritäten vorgestellt, die in die individuellen Aktionspläne mit aufzunehmen sind: politischer Dialog und Reform, Handel und Maßnahmen für die sukzessive Teilnahme am EU-Binnenmarkt, Justiz und Inneres, Energie, Verkehr, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Innovation, Sozialpolitik und Kontakte der Nachbarstaaten untereinander.

Die ENP fällt seit November 2003 ins Aufgabengebiet der Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik (DG RELEX).

Individuelle Aktionspläne zwischen der EU und den betroffenen Ländern ermöglichen eine spezifische Berücksichtigung der nationalen Lage. Ein zentrales Element der ENP ist demnach der „Grundsatz der Differenzierung“, durch den die Kooperationen spezifisch gestaltet werden können. Die Aktionspläne setzen einen Rahmen für die folgenden drei bis fünf Jahre, werden von der Kommission vorbereitet und von dem für das jeweilige Land zuständigen Kooperations- bzw. Assoziierungsrat genehmigt. Basis aller Aktionspläne ist das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, wie die Achtung der Menschenrechte, eine verantwortungsvolle Staatsführung, sowie die grundsätzliche Übereinstimmung bestimmter zentraler außenpolitischer Ziele. Die Intensität der Beziehung hängt davon ab, in welchem Ausmaß die gemeinsamen Werte tatsächlich geteilt werden bzw. welchen Fortschritt die Staaten bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen machen. Mit einigen Ländern wurden daher bereits Aktionspläne initiiert, während mit anderen bisher noch keine Vereinbarungen getroffen wurden.

In den letzten Jahren hat die EU ihren Nachbarstaaten bedeutende finanzielle Hilfe innerhalb der Programme Tacis (für östliche Staaten und Russland) und Meda (für die Mittelmeerländer) zukommen lassen, um die Entwicklung, den Frieden und die Sicherheit in diesen Ländern zu fördern. INTERREG-Programme für die Grenzzonen und das Programm CARDS für die westlichen Balkanländer haben Maßnahmen in diesen Regionen monetär unterstützt.

Anfang 2007 wurden zahlreiche Programme durch das Europäische Nachbarschaftsinstrument ("European Neighbourhood Instrument", ENI) ersetzt. Es soll prioritäre Bereiche nachhaltig unterstützen und eine flexiblere Annäherung an EU-Standards ermöglichen. Alle Partnerländer, die von der ENP betroffen sind, werden dann Anspruch auf Unterstützung aus diesem Instrument haben. Für die Agenda 2007 stehen für die ENP 12 Mrd. Euro zur Verfügung, was einer Steigerung von 32 % entspricht. Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Länderprogramme richtet sich nach dem Bedarf und der Aufnahmekapazität der einzelnen Länder sowie ihren Fortschritten bei der Umsetzung der vereinbarten Reformen.

Das EP fordert die Kommission auf, die Themen Menschenrechte und Demokratisierung in den Aktionsplänen des ENP zu intensivieren und die Zusammenfassung von weiter entwickelten osteuropäischen Staaten und weniger entwickelten, z. T. islamischen Staaten im Mittelmeerraum aufzuheben, sowie insgesamt eine größere



Differenzierung als bisher vorzunehmen. Es bestehe dann die Chance, durch eine gezielte Ausrichtung der nationalen Aktionspläne ein Gesamtkonzept für spezifische Regionen zu entwerfen. Außerdem bemängelt das EP, dass eine EU-Mitgliedschaft für ENP-Staaten grundsätzlich ausgeschlossen und den Ländern demzufolge eine wichtige Perspektive genommen wird.

Zudem merken Kritiker an, dass eine bloße Übertragung der europäischen Erweiterungspolitik auf die ENP den individuellen Problemen und Herausforderungen in den Nachbarstaaten nicht gerecht werden kann. Hinzuzufügen ist weiterhin, dass Demokratisierungsprozesse im Alleingang der EU keinen Erfolg versprechen. Kooperationen mit den USA und wenn möglich Russland könnten einen nachhaltigeren Einfluss ermöglichen. Allerdings wird die Rolle Russlands kritisch betrachtet. Seine willkürlich verhängten Sanktionen, seine monopolistische Stellung in der Energieversorgung, die Verfolgung bestimmter ethnischer Gruppen im Land und die Missachtung von Demokratisierungsprozessen erschweren den Fortschritt in Ländern wie der Ukraine und Moldau.

Positiv bewertet wird der umfassende regionale Geltungsbereich der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik, die neben den Mittelmeerländern auch den Südkaukasus umfasst und bis an den Nahen Osten reicht. Die grundsätzliche Arbeit der ENP wird nicht in Frage gestellt.

#### Länder der ENP

- Algerien
- Ägypten
- Armenien
- Aserbaidshjan
- Belarus
- Palästinensische Autonomiebehörde
- Israel
- Jordanien
- Libanon
- Libyen
- Marokko
- Republik Moldau
- Syrien
- Tunesien
- Ukraine
- Georgien

Weitere Informationen: [http://ec.europa.eu/world/enp/welcome\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/welcome_de.htm)

Katja Reith  
Praktikantin in der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der EU

## Justiz und Inneres

### Ergebnisse des Ratssitzung Justiz- und Inneres vom 19./20. April

Der Rat Justiz und Inneres hat auf seiner Sitzung am 19. und 20. April 2007 in Luxemburg eine allgemeine Ausrichtung zu dem geplanten Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vereinbart. Mit dieser politischen Einigung wurde der Weg für eine Harmonisierung der entsprechenden strafrechtlichen Bestimmungen geebnet. Künftig sollen demnach insbesondere rassistische und fremdenfeindliche Hetze durch die öffentliche Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegen Menschen anderer Rasse, Hautfarbe, Religion oder nationaler wie auch ethnischer Abstammung sowie das öffentliche Billigen, Leugnen oder grobe

Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa - EU-Abt. -

Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen aus rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven unter Strafe gestellt werden.

Hinsichtlich des geplanten Rahmenbeschlusses über bestimmte Verfahrensrechte in Strafverfahren innerhalb der EU wurde noch keine politische Einigung erzielt. Die Verabschiedung des Rechtsakts ist nunmehr für die Ratssitzung im Juni 2007 vorgesehen.

Im Hinblick auf die vorgesehene Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Ehesachen (Rom-III-Verordnung) hat sich der Rat auf Leitlinien festgelegt. Ziel der Verordnung ist es, dass die Gerichte innerhalb der EU bei einer Ehescheidung stets das gleiche Recht – unabhängig vom Sitz des Gerichts, an dem das Ehepaar den Scheidungsantrag stellt – anwenden. Zudem soll scheidungs-willigen Eheleuten die Möglichkeit eröffnet werden, im Einvernehmen das Gericht und das Recht zu wählen, das auf ihren Scheidungsfall angewendet werden soll. Vor einer Einigung müssen jedoch zunächst noch mehrere offene Fragen, wie beispielsweise die Voraussetzungen und der Umfang für die Anwendung ausländischen Rechts in einem Mitgliedstaat geklärt werden.

Als weitere Themen standen unter anderem auf der Tagesordnung das Visa-Informationssystem (VIS), Europäisches Vertragsrecht, Terrorismusbekämpfung, das Europäische Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie Maßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der operativen Fähigkeiten und Zukunft von Europol.

## Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind. Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Karin Niehaus-Schütt  
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen  
beim Bund und für Europa  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-140 79  
Fax: +49 421 496-96877  
E-Mail: Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de  
Internet: www.europa.bremen

**Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.**

## Europaabteilung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europaabteilung in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der EU-Abteilung	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Michael Freericks</b> stv. Leiter, Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	<a href="mailto:Freericks@Bremen.be">Freericks@Bremen.be</a>
<b>Hélène Tabourot</b> , Brüssel Sekretariat u. Verwaltung <b>Claudia C. Arndt</b> , Bremen Sekretariat u. Verwaltung	+32 2 230-2765 +49 421 361-4238	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a> <a href="mailto:Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de">Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de</a>
<b>Marta Giammario (z. Zt. im Mutterschaftsurlaub)</b> Projektassistentz	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Giammario@bremen.be">Giammario@bremen.be</a>
<b>Kai Jessen</b> Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Jessen@Bremen.be">Jessen@Bremen.be</a>
<b>Oliver Steck</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Steck@Bremen.be">Steck@Bremen.be</a>
<b>Renate Lürssen</b> Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Luerssen@Bremen.be">Luerssen@Bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hilger</b> Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hilger@Bremen.be">Hilger@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung <b>Karin Niehaus-Schütt</b> AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+32 2 282-0076 +49 421361-14079	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a> <a href="mailto:Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de">Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de</a>
<b>Heide-Lore Swiecikowski</b> , Europarecht, Öffentlichkeitsarbeit in HB, Website-Adm.	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de">Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> EMK, Bremische Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Elke Kröning</b> Neue Hanse Interregio (NHI), NHI-bezog. Interreg. Zusammenarb., Fortb. EU-Angelegenheiten	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Elke.Kroening@europa.bremen.de">Elke.Kroening@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Interregionale Zusammenarbeit, Hanse-Passage, EU-Förderinstrumente	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de">Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de</a>